

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung über die Ergebnisse des Europäischen Rates und der Gespräche in Washington

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt das Eintreten des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers für eine unverzügliche Ratifizierung des INF-Vertrages. Die Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen nuklearen Mittelstreckensysteme darf kein isoliertes Ereignis bleiben. Sie muß zum Ausgangspunkt eines breit angelegten Abrüstungsprozesses werden. Die Chancen dafür sind seit dem Amtsantritt von Generalsekretär Gorbatschow erheblich gestiegen.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, sich im westlichen Bündnis wie gegenüber dem Warschauer Pakt für eine Fortsetzung und Erweiterung rüstungskontrollpolitischer Verhandlungen einzusetzen, die zu einem sicherheitspolitischen Gesamtkonzept verbunden werden müssen.

1. Nach dem INF-Vertrag streben wir in Europa eine Null-Lösung für die nuklearen Kurzstreckensysteme unter 500 km Reichweite und für die nuklearen Gefechtsfeldwaffen sowie konventionelle Stabilität an. Über die nuklearen Gefechtsfeldwaffen muß im Zusammenhang mit konventionellen Waffen verhandelt werden. Während der Verhandlungen soll keine der beiden Seiten eine Modernisierung dieser nuklearen Waffensysteme vornehmen.

Ein Zwischenschritt zu einer Null-Lösung, zugleich eine Maßnahme militärischer Vertrauensbildung und Entspannung, wäre die Einrichtung eines nuklearwaffenfreien Korridors entsprechend dem Vorschlag der SPD, der inzwischen von den Regierungen der DDR und der CSSR übernommen worden ist.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf, weiter auf den Abschluß eines Vertrages über die weltweite Ächtung und Vernichtung von Chemiewaffen unter internationaler Kontrolle zu drängen. Die Entscheidung der US-Regierung zur Produktion einer neuen Generation binärer Chemiewaffen sowie von ihr nachgeschobene Verifika-

tionsforderungen drohen zu einem Stillstand der Genfer Verhandlungen zu führen. Falls es nicht gelingt, diese Krise der Genfer Verhandlungen bald zu überwinden, soll die Bundesregierung als regionale Zwischenlösung den Vorschlag einer chemiewaffenfreien Zone in Europa aufgreifen.

3. Bei den konventionellen Waffen und Streitkräften muß die Reduzierung der Waffenpotentiale und Verbände mit Vorrang angestrebt werden, die für Überraschungsangriffe und raumgreifende Offensiven besonders geeignet sind. Diese Waffensysteme sollen auf für beide Seiten gleiche, möglichst niedrige und gemeinsam vereinbarte Obergrenzen abgerüstet werden. Bestehende Disproportionen und Asymmetrien sind nicht durch Auf-, sondern durch Abrüstung abzubauen. Es geht also vor allem um einen Abbau der schweren gepanzerten Verbände beider Seiten in Zentraleuropa.

Eine Zwischenlösung kann auch hier – wie bei den nuklearen Gefechtsfeldwaffen – die Einrichtung von Gebieten oder Zonen sein, in denen solche konventionellen Waffen, insbesondere Panzer, nicht oder nur in begrenzter Zahl stationiert werden dürfen. Je weiter die gepanzerten Verbände der beiden Blöcke voneinander entfernt und in Umfang und Dislozierung beschränkt sind, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit für einen Überraschungsangriff. Unbestreitbar wird eine solche Maßnahme die Vorwarnzeit erhöhen.

Abrüstung und Strukturveränderungen müssen beide Bündnisse unfähig zum überraschenden und tief eindringenden Angriff machen, zugleich jedoch beide Bündnisse befähigen, mit hinreichender Verlässlichkeit die verbleibende Gefahr grenzüberschreitender Angriffshandlungen erfolgreich abwehren zu können.

4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine 50-%ige Reduzierung der beiderseitigen strategischen Kernwaffen-Arsenale. Er richtet an beide Seiten die Aufforderung, einen jetzt möglichen Vertragsabschluß nicht an Differenzen über die Auslegung des ABM-Vertrages scheitern zu lassen, sondern die seit 1972 geltende und faktisch bisher eingehaltene Interpretation für eine bestimmte Zahl von Jahren festzuschreiben.
5. Der Deutsche Bundestag begrüßt die beim amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Washington erzielte Annäherung der Standpunkte hinsichtlich eines umfassenden nuklearen Teststopps. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die amerikanisch-sowjetischen Gespräche auf alle Nuklearmächte erweitert und zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden können.

Bonn, den 24. Februar 1988

Dr. Vogel und Fraktion